



## I N H A L T

### DOKUMENTATION

Reagan enthüllt geheime diplomatische Initiative im Iran

- Präsident Reagans Ansprache an die Nation -

Reagan sieht Fortschritte in Genf

- Erklärung zum Abschluß der 6. Runde der NST-Verhandlungen -

Freier Handel mit Agrarprodukten: Gebot für ein gesundes Welthandels-  
system

- Ansprache von Botschafter Richard R. Burt vor dem Waren-Verein der  
Hamburger Börse e.V. -

### HINTERGRUNDMATERIAL

Rüstungskontrolle nach Reykjavik

- Von Paul Nitze -

### WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Künftige Raumfahrtpläne der USA

- NASA-Chef Dr. C. Fletcher zu Fragen europäischer Wissenschaftler  
und Journalisten -

\* \* \* \* \*



### REAGAN ENTHÜLLT GEHEIME DIPLOMATISCHE INITIATIVE IM IRAN - Präsident Reagans Ansprache an die Nation -

WASHINGTON - (AD) - In einer landesweit ausgestrahlten Ansprache an die Nation erklärte Präsident Reagan am 13. November 1986, die Vereinigten Staaten hätten eine geheime diplomatische Initiative im Iran unternommen, um die Beziehungen zu diesem Land wieder herzustellen und die sichere Rückkehr aller Geiseln zu erreichen.

Als zwei weitere Ziele der Initiative nannte der Präsident, daß der iranisch-irakische Konflikt zu einem ehrenvollen Ende geführt und der staatlich geförderte Terrorismus und die Subversion abgeschafft werden sollten.

Reagan betonte, die von ihm "autorisierten Schritte standen in vollem Einklang mit den Bundesgesetzen und tun dies auch weiterhin"; die Regierung der Vereinigten Staaten "verfolgt eine klare politische Linie, die darin besteht, sich nicht den Forderungen von Terroristen zu beugen".

Nachfolgend drucken wir den Text der Ansprache im Wortlaut:

Ich weiß, daß Sie in den vergangenen Tagen viel von dem gehört, gesehen und gelesen haben, was dänischen Matrosen, ungenannten Beobachtern in italienischen und spanischen Häfen und besonders auch anonymen Mitgliedern meiner Administration zugeschrieben wird. Jetzt werden Sie die Tatsache aus einer Quelle des Weißen Hauses hören - ich denke, Sie kennen mich.

Ich möchte heute über eine ausgesprochen delikate und sehr wichtige außenpolitische Angelegenheit zu Ih-

nen sprechen.

Seit achtzehn Monaten haben wir im Iran eine geheime diplomatische Initiative durchgeführt. Diese Initiative wurde aus den einfachsten und besten Gründen durchgeführt:

- um wieder Beziehungen zum Iran aufzunehmen,
- um den blutigen, sechs Jahre währenden Krieg zwischen Iran und Irak zu einem ehrenvollen Ende zu führen,

- um staatlich geförderten Terrorismus und Subversion zu beseitigen; und um die sichere Rückkehr aller Geiseln zu erreichen.

Ohne Mitarbeit des Iran können wir den Krieg am Persischen Golf nicht zu einem Ende bringen; ohne die Beteiligung des Iran kann es im Mittleren Osten keinen dauerhaften Frieden geben.

Seit nunmehr zehn Tagen ist die Presse Amerikas und der gesamten Welt voll von Berichten und Gerüchten über diese Initiative und ihre Ziele.

Nun, liebe Mitbürger, es gibt ein altes Sprichwort, das besagt: nichts verbreitet sich so rasch wie ein Gerücht. Deshalb schien es mir an der Zeit, direkt zu Ihnen zu sprechen - und Sie aus erster Hand über unsere Beziehungen zum Iran zu informieren. Will Rogers sagte einmal: "Gerüchte sind schneller, aber sie halten der Wahrheit nicht stand." Halten wir uns also an die Tatsachen.

Die Behauptung wurde aufgestellt, die Vereinigten Staaten hätten Waffen an den Iran geliefert - als Lösegeldzahlung für die Freilassung amerikanischer Geiseln im Libanon -, die Vereinigten Staaten hätten ihre Verbündeten hintergangen und heimlich die amerikanische Politik verletzt, wonach es keine Geschäftsbeziehungen zu Terroristen geben soll.

Diese Behauptungen sind vollkommen falsch.

Die Vereinigten Staaten haben keine Zugeständnisse an jene gemacht, die unsere Landsleute im Libanon gefangenhalten. Und wir werden das auch nicht tun. Die Vereinigten Staaten haben weder Schiffsladungen

noch Flugzeugladungen voller amerikanischer Waffen gegen amerikanische Geiseln ausgetauscht. Und wir werden das auch nicht tun.

Es tauchten auch Berichte über eine angebliche amerikanische Verwicklung auf. Berichte über einen Seetransport in Richtung Iran unter Verwendung dänischer Schiffe, mit amerikanischen Waffen beladen. Über Schiffe in spanischen Häfen zwecks geheimer amerikanischer Waffentransporte. Über italienische Häfen, die angelaufen wurden, darüber, daß die Vereinigten Staaten, die angeblich Ersatzteile und Waffen für Kampfflugzeuge lieferten. All diese Berichte sind ganz schön aufregend; aber was uns angeht, so ist nicht ein einziger von ihnen wahr.

Im Verlauf unserer vertraulichen Diskussionen stimmte ich dem Transfer geringer Mengen von Verteidigungswaffen und Ersatzteilen für Defensivsysteme an den Iran zu. Meine Absicht bestand darin, Teheran davon zu überzeugen, daß unsere Unterhändler mit meiner Erlaubnis handelten, ein Signal zu senden, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, die Feindseligkeit zwischen uns durch neue Beziehungen zu ersetzen. Diese bescheidenen Lieferungen könnten, zusammengenommen, leicht in einem einzigen Transportflugzeug Platz finden. Sie könnten, zusammengenommen, weder den Ausgang des sechs Jahre alten Krieges zwischen dem Iran und dem Irak beeinflussen - noch könnten sie in irgendeiner Weise Wirkung auf das militärische Gleichgewicht zwischen den beiden Ländern haben.

Jene, mit denen wir in Kontakt stehen, gingen erhebliche Risiken ein und bedurften eines Signals unserer ernsthaften Absicht, sollten sie ihr Wirken fortsetzen und den Dialog aus-

weiten.

Als wir diese Initiative ergriffen, machten wir dem Iran aber auch klar, daß er sich als Vorbedingung für Fortschritte in unseren Beziehungen allen Formen des internationalen Terrorismus entgegenstellen müsse. Wir deuteten an, daß der wesentlichste Schritt, den der Iran unternehmen könnte, darin bestünde, seinen Einfluß im Libanon zu verwenden, um die Freilassung aller dort festgehaltenen Geiseln zu erwirken.

Einiger Fortschritt wurde bereits erzielt. Seit Beginn der Kontakte zwischen der amerikanischen Regierung und dem Iran gab es keine Beweise für Komplizenschaft der iranischen Regierung bei Terrorakten gegen die Vereinigten Staaten. Einige Geiseln sind nach Hause zurückgekehrt - und wir begrüßen die Bemühungen, die die Regierung des Iran in Vergangenheit unternommen hat und derzeit unternimmt.

Aber warum, so mögen Sie fragen, sind Beziehungen zum Iran überhaupt für die Vereinigten Staaten wichtig?

Der Iran hat eine der bedeutsamsten geopolitischen Lagen der Welt. Er liegt zwischen der Sowjetunion und dem Zugang zu den Gewässern des Indischen Ozeans. Die Geographie erklärt, warum die Sowjetunion eine Armee nach Afghanistan geschickt hat, um das Land - und, wenn möglich - den Iran und Pakistan zu beherrschen.

Die geographische Lage verleiht dem Iran eine ganz entscheidende Position, von wo aus Gegner in die Ölströme aus den arabischen Staaten eingreifen könnten, die Anrainer des Persischen Golfs sind. Von der Geographie abgesehen sind die Erdölvorräte des Iran wichtig für das langfristige Wohlergehen der Weltwirt-

schaft.

Aus diesen Gründen liegt es in unserem nationalen Interesse, nach Veränderungen im Iran Ausschau zu halten, der Hoffnung auf verbesserte Beziehungen bietet. Bis zum vergangenen Jahr gab es nur wenig, was derlei Hoffnung rechtfertigt hätte.

Vielmehr gibt es noch immer bittere und tiefe Meinungsverschiedenheiten, die noch heute andauern. Im Zentrum unseres Disputs steht die Unterstützung des internationalen Terrorismus durch den Iran. Es ist bislang die Politik des Iran gewesen, jeglichen westlichen Einfluß aus dem Mittleren Osten zu verdrängen. Damit können wir uns nicht abfinden, denn unsere Interessen im Mittleren Osten sind grundlegender Art. Dabei streben wir im Iran weder territoriale Gewinne, noch eine spezielle Position an. Die iranische Revolution ist eine geschichtliche Tatsache; aber zwischen den grundlegenden nationalen Interessen der Vereinigten Staaten und des Iran braucht es keinen permanenten Konflikt zu geben.

Seit 1983 haben verschiedene Staaten mit dem Versuch begonnen, direkte Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran herzustellen. Europäische, nahöstliche und fernöstliche Länder versuchten, als Mittler aufzutreten. Trotz amerikanischer Bereitschaft zu mehr Bewegung trug keine dieser Bemühungen Früchte.

Vor diesem Hintergrund reagierten wir im vergangenen Jahr, als wir auf die Möglichkeit hingewiesen wurden, einen direkten Dialog mit iranischen Regierungsvertretern einzurichten.

Lassen Sie es mich noch einmal wiederholen. Amerikas Ziele in der Region sind seit langem: Hilfe bei

der Bewahrung der Unabhängigkeit des Iran vor sowjetischer Domination; Herbeiführung eines ehrenhaften Endes des blutigen Krieges zwischen dem Iran und dem Irak; Beendigung der Verbreitung von Subversion und Terrorismus in der Region. Ein Haupthindernis bei diesen Zielen war der fehlende Dialog, die abgeschnittene Verbindung zwischen uns.

Unserem Versuch der Schaffung besserer Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern liegt die strategische Bedeutung des Iran und sein Einfluß in der islamischen Welt zugrunde.

Unsere Gespräche wurden bis ins Frühjahr dieses Jahres fortgesetzt. Angesichts des unserer Meinung nach bis dahin erzielten Fortschritts dachten wir daran, das Niveau der diplomatischen Kontakte anzuheben. Ein Treffen in Teheran wurde arrangiert. Ich ersuchte meinen ehemaligen Sicherheitsberater, Robert McFarlane, eine Geheimmission zu unternehmen und gab ihm ausführliche Instruktionen. Ich ersuchte ihn, in den Iran zu gehen, um dort einen Dialog zu eröffnen, wobei ich klar und deutlich auf unsere Grundziele und Meinungsunterschiede hinwies.

Die viertägigen Gespräche wurden in zivilisierter Weise geführt; amerikanisches Personal wurde nicht mißhandelt. Seither wurde der Dialog fortgeführt und schrittweiser Fortschritt wird auch weiterhin erzielt.

Lassen Sie mich wiederholen: unseren Interessen wird eindeutig durch die Eröffnung eines Dialogs mit dem Iran gedient und dadurch zu einer Beendigung des Krieges zwischen dem Iran und Irak beigetragen. Dieser Krieg zieht sich nun schon seit über sechs Jahren hin, Aussicht auf eine Verhandlungslösung besteht nicht.

Die Opfer auf beiden Seiten sind gewaltig; die nachteiligen wirtschaftlichen und politischen Folgen für diese so wichtige Weltregion werden immer größer. Wir haben versucht, in diesem sinnlosen Kampf Verbindung mit beiden Seiten aufzunehmen, um dabei behilflich zu sein, eine Waffenruhe und letztlich einen Frieden auszuhandeln. Wir sind dabei um Ausgewogenheit bemüht, indem wir mit beiden Seiten wie auch mit anderen interessierten Staaten zusammenarbeiten, um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern.

Dieses heikle Unterfangen birgt für die Beteiligten große Risiken. Es steht außer Frage, daß wir diesen Dialog nie hätten beginnen oder fortführen können, wäre die Initiative eher aufgedeckt worden. Wegen der Publizität der vergangenen Woche ist heute die gesamte Initiative in großer Gefahr.

Unsere Geschichte ist voll anderer Beispiele für diese Art Geheimdiplomatie. 1971 sandte der damalige Präsident Nixon seinen nationalen Sicherheitsberater auf geheime Mission nach China. In jenem Fall bestand, wie heute, ein entscheidendes Bedürfnis nach Diskretion und nach gutem Gespür für die Situation, in der sich das Land befand, mit dem wir in den Dialog einzutreten versuchen.

Seit der sicheren Rückkehr von David Jacobsen, der als Geisel festgehalten worden war, gab es eine Unzahl an Spekulationen und Berichten, die nicht nur falsch waren, sondern auch für die Geisel potentiell gefährlich und sich zerstörerisch auf die Chancen auswirken, die wir noch haben. Die Bemühungen so mutiger Leute wie Terry Waite wurden gefährdet. Aber die falschen Gerüchte und die irrigen Berichte nahmen so zu,

daß das Risiko weiteren Schweigens jetzt die Gefahren eines offenen Wortes überwiegen. Und deshalb entschloß ich mich, heute abend zu Ihnen zu sprechen.

Beispielsweise wurde viel darüber berichtet, daß der Kongreß sowie höchstrangige Angehörige der Administration ungangen worden wären. Obwohl die von uns unternommenen Anstrengungen überaus heikel waren und die Zahl der darin einbezogenen Regierungsmitglieder auf diejenigen begrenzt war, die unbedingt davon Kenntnis haben mußten, waren alle betroffenen Kabinettsangehörigen umfassend konsultiert. Die von mir autorisierten Schritte standen in vollem Einklang mit den Bundesgesetzen und tun dies auch weiterhin; auch die relevanten Kongreßausschüsse wurden und werden umfassend informiert.

Eine weitere Unterstellung besteht darin, wir hätten uns im Golfkrieg auf die Seite des Iran gestellt. Auch dies ist unbegründet. Wir haben immer wieder die Gewalt auf beiden Seiten verurteilt. Wir haben uns immer wieder um eine Verhandlungslösung bemüht, die die territoriale Integrität beider Staaten bewahrt. Die Annäherungsversuche, die wir beim Iran unternommen haben, sind keine Verschiebung der Unterstützung von einer Seite zur anderen. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine diplomatische Initiative, um im Iran - wie auch im Irak - ein gewisses Maß an Zugang und Einfluß zu erhalten und um diesen blutigen Konflikt zu einem ehrenvollen Ende zu bringen. Es liegt im Interesse aller Parteien in der Golfregion, diesen Krieg so bald wie möglich zu beenden.

Ich fasse zusammen: unsere Regierung verfolgt eine klare politische Linie, die darin besteht, sich nicht

den Forderungen von Terroristen zu beugen. Diese Politik des "keine Konzessionen" ist auch weiterhin gültig - trotz der wilden Spekulationen und falschen Berichte über Waffen für Geiseln und vermeintliche Lösegeldzahlungen. Wir haben nicht - ich wiederhole: nicht - Waffen oder dergleichen gegen Geiseln eingetauscht und werden dies auch nicht tun. Jene, die glauben, wir seien gegenüber dem Terrorismus "weich geworden", sollten über diese Frage mit Oberst Gadhafi sprechen.

Wir haben nicht vor Terroristen kapituliert - und werden dies auch nicht tun. Wir werden jedoch auch weiterhin die lebenswichtigen Interessen unserer großen Nation fördern - trotz Terroristen und Radikaler, die versuchen, unsere Bemühungen zu untergraben und die Vereinigten Staaten lahmzulegen.

Unsere Ziele waren und bleiben:

- Wiederherstellung der Beziehungen zum Iran,
- Herbeiführung eines ehrenvollen Endes des Golfkrieges,
- Beendigung des staatlich unterstützten Terrors im Mittleren Osten und schließlich
- die sichere Heimkehr aller Geiseln aus dem Libanon.

Als Präsident habe ich immer in der Überzeugung gehandelt, daß das amerikanische Volk, mit den Tatsachen vertraut, die richtige Entscheidung treffen wird. Ich bin überzeugt, daß dies auch jetzt richtig ist.

Ich kann kein Ergebnis garantieren. Aber wie in der Vergangenheit erbitte ich Ihre Unterstützung, weil

ich glaube, daß Sie die Hoffnung auf Frieden im Mittleren Osten teilen, auf Freiheit für alle Geiseln und auf eine Welt, die frei von Terrorismus ist. Sicherlich gibt es bei der Verfolgung dieser Ziele Risiken, aber die Risiken sind noch größer, wenn wir nicht unermüdlich weitermachen.

Es wird der Geduld und der Einsicht bedürfen; es wird des anhaltenden Widerstands gegen jene bedürfen, die terroristische Handlungen begehen; und es wird der Zusammenarbeit mit all jenen bedürfen, die die Welt von dieser Plage befreien wollen.

\* \* \* \* \*



### REAGAN SIEHT FORTSCHRITTE IN GENF

- Erklärung zum Abschluß der 6. Runde der NST-Verhandlungen -

WASHINGTON - (AD) - Den Abschluß der sechsten Runde der Verhandlungen über Kern- und Weltraumwaffen (NST) in Genf nahm Präsident Reagan am 12. November 1984 zum Anlaß einer schriftlichen Erklärung, in der er darauf hinwies, daß diese neue Runde "vielleicht die bislang produktivste" gewesen ist, obwohl die Sowjets durch ihr Beharren auf einer Verknüpfung aller Elemente der nuklearen Gleichung einen "großen Schritt rückwärts" taten.

Die Erklärung des Präsidenten hat folgenden Wortlaut:

Da der heutige Tag den Abschluß der sechsten Runde der Verhandlungen über Kern- und Weltraumwaffen (NST) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion signalisiert, möchte ich diese Gelegenheit ergreifen, erneut unsere Verpflichtung zu bekräftigen, umfassende, ausgewogene und verifizierbare Verringerungen der amerikanischen und sowjetischen Nukleararsenale zu erreichen. Solche Verringerungen würden die Gefahr eines Atomkriegs mindern und eine weit sicherere Welt schaffen.

Als diese Runde vor acht Wochen eröffnet wurde, zeigte sich darin die Chance auf bedeutsame Fortschritte in unserem Bemühen, die Zustimmung der Sowjets zu umfassenden Verringerungen der Kernwaffen zu erhalten. Die Hoffnung hierauf verstärkte sich noch durch den Fortschritt, der im Verlauf meines Treffens mit Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik im vergangenen Monat erzielt wurde. Wir sprachen dort über die gesamte Bandbreite der Themen, die unsere beiden Länder betreffen - einschließlich der Men-



schenrechte, der regionalen Konflikte, der Rüstungsverringerung sowie der erweiterten bilateralen Kontakte und der Kommunikation. Insbesondere hinsichtlich der Rüstungskontrolle erzielten der Generalsekretär und ich erhebliche Fortschritte bei der Annäherung der amerikanischen und sowjetischen Standpunkte bei mehreren zentralen Fragen:

Wir stimmten einer 50prozentigen Verringerung der strategischen Offensivwaffen im Verlauf der nächsten fünf Jahre zu, die durch die Verringerung auf 1 600 strategische Trägersysteme und 6 000 Gefechtsköpfe bei diesen Trägersystemen ergänzt werden sollten.

- Wir betonten die Notwendigkeit erheblicher Einschnitte bei den schweren Interkontinentalraketen der Sowjetunion, von denen die destabilisierendste Wirkung ausgeht.
- Wir stimmten einer weltweiten Beschränkung auf 100 Gefechtsköpfe bei den nuklearen Mittelstreckensystemen größerer Reichweite zu; in Europa sollten keinerlei solche Raketen verbleiben.

Die Vereinigten Staaten schlugen vor, weder sie selbst noch die UdSSR sollten in den nächsten zehn Jahren eine moderne strategische Verteidigung dislozieren, während Forschung, Entwicklung und Erprobung, die der ABM-Vertrag zuläßt, durchgeführt werden. Dies würde mit der Vereinbarung gekoppelt, wonach während der ersten fünf Jahre dieses Zeitraums die strategischen Offensivwaffen um 50 Prozent verringert und während der zweiten fünf Jahre alle verbleibenden offensiven ballistischen Raketen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vollständig abgeschafft würden.

Wir verwiesen darauf, daß am Ende dieser Zehnjahres-Frist jede Seite eine derartige Verteidigung dislozieren könnte, falls sie sich dazu entscheiden würde, es sei denn, die Vertragsparteien kämen zu einer anderen Übereinkunft. Herr Gorbatschow akzeptierte diesen Vorschlag nicht und bestand stattdessen darauf, den ABM-Vertrag restriktiver zu gestalten, indem er unsere Forschung ausschließlich auf das Labor begrenzt wissen wollte, womit er letztlich die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative abwürgen würde.

Während dieser Runde legten unsere Unterhändler in Genf in aller Form neue amerikanische Vorschläge, die die Bereiche der zwischen Herrn Gorbatschow und mir in Reykjavik erzielten Übereinstimmung widerspiegeln, sowie unsere anderen Vorschläge auf den Tisch. Am 7. November unternahm auch die Sowjetunion durch Unterbreitung von Vorschlägen, die teilweise den in Reykjavik erzielten Fortschritt widerspiegeln, einige neue Schritte. Diese Bereiche der Übereinstimmung können als Ausgangspunkt dienen, von dem aus die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler bedeutsame Rüstungskontrollverträge schmieden könnten. Dies ist aber bislang noch nicht der Fall gewesen. Obwohl dies vielleicht die bislang produktivste Verhandlungsrunde gewesen ist, haben die sowjetischen Unterhändler bislang noch nicht entsprechend reagiert, um auf dem in Reykjavik erzielten Fortschritt aufzubauen. Stattdessen schienen die Sowjets bisweilen mehr an der Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne interessiert als am Verfolg eines ernsthaften Gebens und Nehmens am Verhandlungstisch.

Dies gilt vor allem für die Frage der Verringerung bei den nuklearen

Mittelstreckensystemen. Bei unserem Gipfeltreffen vor einem Jahr in Genf kamen Herr Gorbatschow und ich überein, dort weiterzumachen, wo es Bereiche der Übereinstimmung gibt, einschließlich eines INF-Zwischenabkommens. Die Sowjets bekräftigten diese Position noch einmal durch Vorschläge, die sie zu Beginn dieses Jahres unterbreiteten. Und sie verwiesen nur wenige Tage vor unserem Treffen in Island erneut auf das Ziel eines separaten INF-Abkommens. Jetzt aber sind die Sowjets einen großen Schritt rückwärts gegangen, indem sie darauf bestehen, daß Fortschritt in allen Bereichen der Rüstungskontrolle bei den Kernwaffen in einem einzigen Paket verschnürt sein müsse. Diese Bemühung, Fortschritte in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle zur Geisel einer Hinnahme des sowjetischen Versuchs zu machen, unser SDI-Programm zu vereiteln, ist für uns ganz offenkundig unannehmbar.

Angesichts der anhaltenden sowjetischen Aufrüstung im Offensivbereich, der seit langer Zeit bestehenden und intensiven sowjetischen Programme bei der strategischen Verteidigung und angesichts der andauernden sowjetischen Nichteinhaltung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen ist SDI für die künftige Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten von größter Bedeutung. Amerika weiß, daß SDI das entscheidende Mittel war, um die Sowjets zur Rückkehr zum Verhandlungstisch zu bewegen - und auch entscheidend für unsere Aussichten auf Abschluß eines Abkommens mit den Sowjets zur Verringerung der Kernwaffen. Eine wirksame strategische Verteidigung wäre eine Versicherung gegen Betrug oder Aufhebung eines solchen Abkommens seitens der Sowjets. Außerdem wäre sie für die Sowjets ein fortwährender Anreiz, bei den Offensivwaffen auf weitere

Verringerungen hinzuarbeiten. SDI ist daher eine lebenswichtige Versicherungspolice, die wir nicht wegverhandeln können und nicht wegverhandeln werden. Dies ist eine Verpflichtung, die ich gegenüber dem amerikanischen Volk eingegangen bin und dazu stehe ich.

Die amerikanischen Unterhändler haben schwer daran gearbeitet, den in Reykjavik erzielten Fortschritt in konkrete, neue Abrüstungsvorschläge umzusetzen. Diese neuen amerikanischen Vorschläge liegen nun zusammen mit einigen neuen sowjetischen Vorschlägen in Genf auf dem Verhandlungstisch. Hoffen wir, daß die Sowjets, wenn die Verhandlungen, wie bereits vereinbart, am 15. Januar wieder aufgenommen werden, mit uns zusammen darangehen werden, zum erstenmal in der Geschichte bedeutende Verringerungen bei den Kernwaffen zu erreichen. Solche Verringerungen sind jetzt in unserer Reichweite, wenn die Sowjets sich uns in dem ernsthaften Bemühen um Abkommen anschließen, die für beide Seiten ausgewogen und stabilisierend sind und im Interesse der ganzen Welt liegen. Wir sind dazu bereit. Wir warten auf die sowjetische Bereitschaft zum Schritt nach vorn.

\* \* \* \* \*



### FREIER HANDEL MIT AGRARPRODUKTEN: GEBOT FÜR EIN GESUNDES WELTHANDELSSYSTEM

- Ansprache von Botschafter Burt in Hamburg -

HAMBURG - (AD) - In einer Ansprache vor dem Waren-Verein der Hamburger Börse e.V. hat Botschafter Richard R. Burt am 18. November 1986 davor gewarnt, daß die Vereinigten Staaten und Europa sich im Bereich der Agrarpolitik auf Kollisionskurs befinden. Er betonte, daß ein freier Agrarhandel für die Aufrechterhaltung eines offenen Welthandelssystems unerläßlich ist. Burt erklärte, "wenn es uns nicht gelingt, anstehende Probleme der Landwirtschaft in den Griff zu bekommen, wird es in den Vereinigten Staaten als Gegenreaktion protektionistischen Druck geben". Dies würde sich auch auf die transatlantischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik auswirken.

Die Äußerungen des Botschafters haben folgenden Wortlaut:

Verehrter Herr Freytag, Dr. Graf Lambsdorff, meine Damen und Herren!

Wir sind hier in Hamburg zusammengekommen, der Stadt, die vor Hunderten von Jahren in der Hanse, einem der großen Handelsbündnisse der Weltgeschichte, zu gewaltigem Wohlstand gelangte. Ein zentrales Anliegen für die Hanse war der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Heute hat sich nicht viel verändert: Die Bundesrepublik Deutschland nimmt nach wie vor eine Schlüsselstellung im wichtigsten Handelssystem der Welt

ein, und der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten bleibt lebenswichtiger Bestandteil dieses Handelssystems, in dem wir alle zu Wohlstand gelangt sind.

Ich möchte daher zu Ihnen ein wenig über den Handel mit landwirtschaftlichen Gütern sprechen,

- über seine Bedeutung für Deutsche und Amerikaner gleichermaßen,
- über die Probleme, die er uns bereitet
- und über Lösungen, die wir zusam-

men erarbeiten müssen.

Seit meiner Ankunft in Deutschland im vergangenen Jahr habe ich wiederholt gesagt, daß sich die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu einer "reifen Partnerschaft" entwickelt. In vielen Bereichen gibt es eine bemerkenswerte Übereinstimmung unserer Ansichten. Auf geopolitischer Ebene sehen sich Europa und die Vereinigten Staaten derselben Bedrohung gegenüber und stehen in der NATO für unsere gemeinsame Verteidigung fest zusammen. Wir arbeiten darüber hinaus bei einer großen Bandbreite außenpolitischer Themenkreise zusammen, wie etwa beim Terrorismus, bei Südafrika und dem Mittleren Osten.

Ein Aspekt dieser "reifen Partnerschaft" ist unsere Fähigkeit, miteinander über die Punkte zu sprechen, bei denen unsere Ansichten auseinandergehen. Einer dieser Punkte ist im Augenblick der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Manche mögen diesen Bereich als nicht so wichtig einschätzen wie etwa die Beziehungen auf sicherheitspolitischer Ebene; trotzdem glaube ich, daß der Handel an erster und zentraler Stelle stehen muß.

Das offen und ehrlich geführte Gespräch unter Freunden ist ein wesentlicher Bestandteil einer reifen Partnerschaft, und gerade Offenheit ist bei diesem Thema notwendig. Wenn es uns nicht gelingt, anstehende Probleme der Landwirtschaft in den Griff zu bekommen, wird es in den Vereinigten Staaten als Gegenreaktion protektionistischen Druck geben. Ein größerer Ruck zum Protektionismus würde sich unweigerlich auf die transatlantischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik auswirken. Aus diesem Grund müssen wir das Thema Handel so-

wohl mit Offenheit als auch mit politischem Mut angehen.

Das Dilemma, dem wir uns heute in der Landwirtschaft gegenübersehen, geht weit über den Handel selbst hinaus. Wir sprechen über die Notwendigkeit der Umstrukturierung eines wesentlichen Elements unserer Volkswirtschaften. Solch radikaler Wandel muß besonders durch die Art und Weise, wie wir ihn beeinflussen, sowohl politische als auch wirtschaftliche Auswirkungen haben. Im Bereich des Handels könnten wir heute sehr wohl an dem Punkt angelangt sein, wo es um die Zukunft des Multilateralismus, um die Stärke der westlichen Volkswirtschaften und die Lebensfähigkeit der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern geht.

Vor etwas über 20 Jahren erklärte Indonesiens Präsident Sukarno, um seine Wähler auf gewisse politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorzubereiten: "Dieses Jahr leben wir gefährlich". Heute leben auch die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft "gefährlich" und werden dies weiterhin tun, wenn sie nicht mit ihren Handelsproblemen fertigwerden.

Sie als Mitglieder des Waren-Ver-eins kennen und schätzen die Vorzüge eines Klimas des freien Handels. Sie kennen ferner die Nachteile und Verzerrungen für den Handel, die auftreten können, wenn Institutionen und Regierungen in solchem Umfeld intervenieren. Wir können es uns nicht leisten, zu vergessen, wie alle Länder - auch meines - in den dreißiger Jahren zugelassen haben, daß der Protektionismus den Handel erstickt und damit die weltweite wirtschaftliche Not hervorgerufen hat, die zum Aufstieg der Diktatur und zum Zusammenbruch einer friedlichen Weltordnung

beitrag.

Die kostspieligen Auswirkungen einer über das natürliche Maß hinausgehenden Unterstützung unserer Landwirte werden für uns alle sichtbar. Erstens belasten wir die öffentliche Hand und fügen unseren Volkswirtschaften erheblichen Schaden zu. Zweitens bereiten wir uns selbst und einander ernsthafte Schwierigkeiten, die zu einer Belastung der Grundstruktur unserer Beziehungen zu werden drohen. Drittens schaden wir anderen Exporteuren, die nicht subventionieren und von denen viele unsere engen Verbündeten sind. Schließlich richten wir großen Schaden bei den Entwicklungsländern an, indem wir sie bei ihrem Bemühen behindern, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen und selbst Agrarexporte zu exportieren, um auf diese Weise ihre Schuldenprobleme zu lösen.

Ich möchte Ihnen einige unserer sehr realen Sorgen über die Politik der Gemeinschaft vortragen und auch darüber sprechen, warum wir unsere europäischen Freunde so sehr drängen, die augenblicklich unbefriedigende Struktur mit Nachdruck zu reformieren. In den letzten fünf Jahren haben die Vereinigten Staaten in ihrer Handelsbilanz mit der EG einen dramatischen Umschwung wahrgenommen. Vor 1984 verzeichneten die Vereinigten Staaten durchgängig Zahlungsbilanzüberschüsse gegenüber der Gemeinschaft. 1980 belief sich unser Überschub im Handel auf 18 Milliarden Dollar. Für 1986 prognostizieren wir hingegen ein Handelsbilanzdefizit von 23 Milliarden Dollar. Das bedeutet einen Umschwung im Handel zugunsten der Gemeinschaft von über 40 Milliarden Dollar in sechs Jahren.

Einer der wesentlichen Faktoren hinter dieser Entwicklung ist der

Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Seit 1980 ist der Absatz von amerikanischen Agrarprodukten in der EG um 40 Prozent zurückgegangen. Unser Überschub im Agrarhandel ist um über fünf Milliarden Dollar gesunken. Ende des Jahres 1985 hatte dieser Handelsüberschub im landwirtschaftlichen Sektor seinen niedrigsten Stand erreicht und könnte in Zukunft völlig verschwinden. Diese Entwicklungen stehen im Gegensatz zum Aufstieg der Europäischen Gemeinschaft zum zweitgrößten Exporteur von Agrarprodukten in der Welt im selben Zeitraum. Unseren Beobachtungen nach ist es den gegenwärtigen Trends zufolge wahrscheinlich, daß die EG 1986 die Vereinigten Staaten als den größten Exporteur von Agrarprodukten überrunden wird - ein Faktum, das vor einigen Jahren niemand auch nur im entferntesten für möglich gehalten hätte. Dies wäre gerecht und durchaus zum Vorteil der Welt, wenn Europa Agrarprodukte billiger als die Vereinigten Staaten produzieren könnte. Aber diese Verschiebung in der Struktur des Handels ist das Ergebnis von Subventionen und Handelsbeschränkungen, die die Weltmärkte zu unser aller Nachteil verzerren.

Heute ist die EG der Welt größter Exporteur von Butter, Geflügel, Rindfleisch und Weißzucker. In keinem dieser Bereiche produziert Europa vergleichsweise billiger als andere Anbieter. Aufgrund hoher Stützpreise stieg die Produktion dieser und anderer Erzeugnisse in einer Periode weltweit stagnierender Nachfrage weiter an. Die EG wiederum hat versucht, ihre Überschubproduktion auf den Weltmärkten abzusetzen, indem sie Exportsubventionen benutzte, um die Anhäufung lästiger Vorräte auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Wurzeln für diese Entwicklung

liegen in der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Die Grundsätze dieser gemeinsamen Agrarpolitik von 1962 - garantierte Versorgung mit Nahrungsmitteln in Zeiten der Knappheit und faire Erträge für die Bauern - entsprangen sicherlich guten Motiven. Wir alle möchten, daß die Landbevölkerung einen gerechten Anteil am Wohlstand unserer Länder erhält. Ein freierer Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen innerhalb der Gemeinschaft war wirtschaftlich zweifellos sinnvoll.

Gleichzeitig mußten die amerikanischen Bauern jedoch relativ hilflos mit ansehen, wie die EG von einem bedeutenden Importeur amerikanischer Agrarprodukte bei vielen dieser Produkte zum Konkurrenten wurde. Diese Verlagerung beim Handel hatte deutlich sichtbare Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft. Die Deutschen und andere Europäer sollten verstehen, daß die Amerikaner einen starken und florierenden Agrarsektor als einen der wichtigsten Bestandteile der amerikanischen Wirtschaft ansehen. Wegen des Überflusses an äußerst ertragreichem Boden waren wir in der Lage, auf eine steigende inländische und internationale Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu reagieren und damit die Devisen zur Ankurbelung unseres Importmarktes zu verdienen - eines Marktes, der Dreh- und Angelpunkt weltweiter wirtschaftlicher Prosperität gewesen ist.

Als Reaktion auf die neue europäische Rolle im Agrarhandel haben wir ebenfalls damit begonnen, auf die von der EG angewandten Praktiken zurückzugreifen.

Wir nähern uns deshalb einem massiven Subventionskrieg zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten, und die ausge-

dehnte Anwendung von Exportsubventionen kommt beiden Seiten immer teurer zu stehen. Zum Beispiel hat die EG vor kurzem ein Geschäft mit der Sowjetunion abgeschlossen, bei dem sie Weizen, für den sie selbst 210 Dollar pro Tonne bezahlt hatte, für 75 Dollar verkaufte. Die Vereinigten Staaten haben kürzlich gefrorenes Geflügel für 875 Dollar pro Tonne an Ägypten verkauft, gewährten den Exporteuren aber einen "Ausfuhrbonus" im Wert von 1 210 Dollar pro Tonne. Dies sind lediglich zwei Beispiele für den wirtschaftlichen Unsinn, der heute im landwirtschaftlichen Bereich vorherrscht.

Das Interesse des Kongresses am Schutz der amerikanischen Landwirtschaft in einem feindlichen Handelsumfeld hat die Kosten der Unterstützungsprogramme für die Bauern drastisch in die Höhe getrieben. In diesem Jahr werden die Ausgaben aller Bundesprogramme für die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten über 30 Milliarden Dollar betragen. Dieser Betrag ist größer als die Nettoerträge aller amerikanischen Farmen zusammengenommen. Im Jahr 1981 hatten diese Ausgaben noch bei vier Milliarden Dollar gelegen. All dies muß vom Steuerzahler getragen werden.

Auf der europäischen Seite des Atlantik sind die Kosten für die Stützung der Landwirtschaft ebenfalls gewaltig. Die EG verwendet heute über zwei Drittel ihres Haushalts für diesen Zweck. Die Agrarpolitik der EG wird in diesem Jahr den Haushalt der Gemeinschaft mit gut 20 Milliarden Dollar belasten, und darin sind eine Reihe von Subventionsprogrammen der einzelnen Mitgliedstaaten noch nicht berücksichtigt. Auch die höheren Nahrungsmittelpreise, die der europäischen Verbraucher auf Grund dieser Programme zahlen muß, sind in

dieser Summe nicht enthalten.

Beim Drängen auf Reformen in der Agrarpolitik der EG, darunter Maßnahmen zur Verringerung der Überschussproduktion, stand die Bundesrepublik Deutschland sicherlich an vorderster Front. Gleichzeitig hat die Bundesrepublik jedoch im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eine interne Preispolitik unterstützt, die einer Befürwortung von Maßnahmen zur Produktionseinschränkung zuwiderläuft. Nach dem heutigen Stand genießen die deutschen Bauern bei vielen Produkten garantierte Mindestpreise. Sie können fast alle ihre Produkte unabhängig von Angebot und Nachfrage absetzen. "Butterberge" sind für Europa noch immer ein fast ebenso vertrautes Bild wie die Alpen, trotz der Bemühungen, die Milchproduktion unter Kontrolle zu bringen.

In Anbetracht der vielen widersprüchlichen Zwänge im Bereich der Landwirtschaft machen die Amerikaner sich Sorgen über das Tempo, in dem sinnvolle Reformen möglich sind.

Wegen unserer Befürchtungen über die Möglichkeit sinnvoller Veränderungen hierzulande wächst in den Vereinigten Staaten der Druck, einseitige Maßnahmen als Vergeltung für unfaire Handelspraktiken einzuführen. Präsident Reagan, ein energischer Befürworter des freien Handels und zuverlässiger Freund Europas sah sich dieses Jahr einem amerikanischen Kongreß gegenüber, der entschlossen war, mit der EG zu wetteifern. Nach Jahren des Spiels "auf abschüssigem Terrain" war der Kongreß der Meinung, es sei an der Zeit, sich die Spielregeln der Europäer zu eigen zu machen. Dazu gehören Subventionen. Man braucht nur einige unserer Kongreßanhörungen zu studieren, um ein Gefühl dafür zu entwickeln, wie frustriert

unsere Kongreßabgeordneten über die Entwicklungen im Handel sind.

In der soeben beendeten Sitzungsperiode des Kongresses wurden 67 Gesetzentwürfe protektionistischen Inhalts eingebracht. Nicht alle diese Maßnahmen wurden Gesetz. Die Zahl vermittelt jedoch einen Eindruck von dem Gefühl der Dringlichkeit, ja des Zorns, das im Kongreß herrscht, wenn der Schutz unserer Handelsinteressen zur Debatte steht.

Vertreter der neuen Mehrheitsfraktion der Demokraten im Kongreß haben erklärt, daß die Handelsgesetzgebung im Jahr 1987 für sie oberste Priorität haben wird. Man braucht sich nur einmal das Parteiprogramm der Demokratischen Partei anzuschauen, um zu wissen, daß derartige Gesetze nicht im Interesse eines freien und offenen Welthandelssystems liegen.

Das vom vorigen Kongreß verabschiedete Landwirtschaftsgesetz gibt ein Bild zukünftiger Trends. Gerade dieses Gesetz markiert eine scharfe Abwendung von der Politik des freien Handels, wie sie in den vergangenen 40 Jahren von den Vereinigten Staaten verfolgt wurde. Ein ganzer Abschnitt dieses Gesetzes ist dem internationalen Handel mit Agrarprodukten gewidmet. Es schreibt eine neue aggressive Exportpolitik vor, einschließlich der Anwendung von Ausfuhrsubventionen, um der EG auf Drittmärkten energisch entgegenzutreten.

Wir glauben nicht, daß Subventionen als Mittel des Wettbewerbs eine langfristige Lösung für das Problem des Agrarhandels darstellen. Es sollte vielmehr allen Beteiligten klar sein, daß eine langfristige Lösung nur dann möglich ist, wenn wir unsere Produktion auf ein realist-

isches Niveau absenken. Mit unserem Landwirtschaftsgesetz tun wir dies; unter hohen Kosten für den Steuerzahler und auch unter hohen Kosten für diejenigen im landwirtschaftlichen Bereich, die in der Vergangenheit von der Überschußproduktion profitiert haben.

Ziel der Vereinigten Staaten ist es, eine marktorientierte Landwirtschaftspolitik einzuführen, durch die Produktionsentscheidungen an Marktpreise gebunden und Hilfsprogramme für die Einkommen der Bauern von den Produktionsentscheidungen abgekoppelt werden. Dies ist das längerfristige Ziel des Landwirtschaftsgesetzes von 1985. Auch deshalb drängt die Administration auf eine Reform des weltweiten Agrarhandelssystems und der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft.

Zusätzlich zu den Exportsubventionen der EG stehen wir derzeit auch noch vor einigen sehr beunruhigenden Entwicklungen beim amerikanischen Zugang zu den Märkten der Europäischen Gemeinschaft.

Wir unterstützen eine größere und stärkere EG. Wir haben mit Nachdruck die jüngste Erweiterung der Gemeinschaft beim Beitritt Spaniens und Portugals unterstützt. Wir sehen jedoch keinen Grund dafür, warum eine größere EG zu Lasten der amerikanischen Bauern gehen sollte. Sie sehen im Moment mehr als eine halbe Milliarde Dollar an Exporten zur Iberischen Halbinsel in Gefahr.

Auch die nichttarifären Handelschranken bleiben ein Grund des Ärgernisses. Eine davon bedroht derzeit unsere Fleischexporte in die Gemeinschaft. Wir halten unser System der Fleischkontrolle für hervorragend, garantiert es doch Fleisch von

höchster und sicherster Qualität. Wir beobachten daher mit Argwohn, wie unbegründete Befürchtungen wegen Kontrollverfahren und Verwendung von Hormonen als Mittel verwendet werden, um den Verkauf unserer Produkte hier zu verbieten.

Kürzlich haben wir ein Problem beim Hopfenhandel zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland durch wissenschaftliche Mittel und offenen Informationsaustausch erfolgreich gelöst. Ich hoffe, daß wir diese gerade von mir angesprochenen Probleme auf ähnliche Weise aus der Welt schaffen können.

Wir wissen, daß wir Probleme haben, aber Amerikaner wollen auch Lösungen anstreben. In dieser Hinsicht sind wir davon überzeugt, daß dauerhafte Lösungen nicht einseitig, sondern kooperativ sind, gegründet auf bilaterale und multilaterale Vereinbarungen. Ich denke, im Prinzip teilen wir alle diese Verpflichtung.

Beim OECD-Ministertreffen im April und auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio im vergangenen Mai kamen die führenden Persönlichkeiten der Industriestaaten überein, daß die Landwirtschaft jetzt an die Spitze der internationalen Wirtschaftstagesordnung gehört. Wir haben kürzlich die Vorarbeiten beendet, die zur 8. Runde der GATT-Verhandlungen, der Uruguay-Runde, führen werden. In Punta del Este kamen die Spitzen der wichtigsten Staaten überein, daß die Landwirtschaft als Thema höchster Priorität behandelt werden muß. Sie erkannten, daß ein Scheitern bei der Vereinbarung einer neuen Runde ernsthafte Gefahren für das internationale Handelssystem bedeuten und zu einem scharfen Anstieg des Protektionismus in allen Bereichen des Handels führen würde.



Es ist an der Zeit, das Chaos im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zu beenden und von einseitigen zu kooperativen Lösungen unserer gemeinsamen Probleme zu gelangen. Durch den Versuch, auf die Landwirtschaft andere Regeln anzuwenden als auf den Handel mit Industriegütern, haben wir den Landwirten in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt Unruhe, Ungerechtigkeiten und gewaltige Sorgen bereitet. In Punta del Este wurden alle Probleme des Agrarhandels auf den Verhandlungstisch gelegt, da die Beteiligten sich der dringenden Notwendigkeit bewußt waren, dieses schwierige Problem anzugehen. Ganz oben auf der Liste stehen dabei die landwirtschaftlichen Subventionen, die den effizienten Landwirt schädigen und die Budgets der Länder sprengen, die sie einsetzen. Wir haben uns auch entschlossen, uns mit der ganzen Bandbreite der Beschränkungen des Marktzugangs auseinanderzusetzen, die den Handel betreffen - einschließlich der gesundheitspolitischen Maßstäbe. Bei entsprechender Zusammenarbeit können wir dieses ministerielle Mandat bald in konkrete Ergebnisse umsetzen.

Die Durchführung der Uruguay-Runde ist ein wichtiger Schritt vorwärts in Richtung auf die Verwirklichung unseres Ziels der Handelsliberalisierung, aber es ist nur ein erster Schritt. Wir können keine unmittelbaren Resultate erwarten; aber andererseits dürfen sie auch nicht zu lang auf sich warten lassen. In der Zwischenzeit werden die Vereinigten Staaten auch weiterhin eine Politik zur Erhöhung der Handelschancen verfolgen, einschließlich der konsequenten Anwendung von Gesetzen, die die Probleme der unfairen Handelspraktiken anderer Staaten angehen.

Viele amerikanische Bürger sind skeptisch über die Aussichten multilateraler Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten brauchen ein multilaterales Abkommen, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß auch die anderen willens sind, Änderungen im eigenen Land durchzuführen. Für kurze Zeit ist eine günstige Gelegenheit hierzu gegeben, und wir brauchen den politischen Mut, um jetzt in positivem Geist zu handeln.

Es besteht für uns die dringliche Notwendigkeit, all die Fragen, die den Agrarhandel betreffen, einer strengeren und wirksameren GATT-Regelung zu unterwerfen. Auch wir sind voll und ganz bereit, unsere Agrarhandelspolitik zu überprüfen und, wo notwendig, zu berichtigen.

Ich bin überzeugt, daß das Welt-handelssystem bewahrt und ein besseres Umfeld für den Handel erreicht werden kann, wenn wir bereit sind, drei wesentliche Schritte zu unternehmen.

- Erstens müssen wir durch Abbau der Zollschränken, denen sich der Handel gegenüber sieht, den Zugang zum Markt verbessern. Diese Hemmnisse können die Gestalt von Abgaben, Importquoten, Zöllen oder speziellen Steuern annehmen. Es gibt sie sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der EG; die meisten wurden errichtet, um bestimmte Sektoren zu schützen, die für den Handel des jeweiligen Landes von besonderem Interesse sind. Der Abbau dieser Zollschränken wird den Handelsfluß und das Wohlergehen aller erleichtern.
- Zweitens müssen wir wettbewerbsmäßig durch eine diszipliniertere

Verwendung von Subventionen das Umfeld verbessern. Leider scheint es so, als seien Subventionen in der heutigen Landwirtschaft endemisch. Subventionen sind vielleicht der am meisten verzerrende Faktor im Welthandel. Durch ihre allmähliche Beseitigung können wir wieder in einem freien Handelsumfeld agieren.

- Drittens müssen wir die nachteiligen Auswirkungen der nichttarifären Handelsschranken auf ein Minimum beschränken. Viele davon treten in Gestalt unrealistischer Vorschriften für Zweigniederlassungen von Firmen und Gesundheitsbestimmungen bei Tieren auf. Sowohl die EG als auch die Vereinigten Staaten wollen ihren in- und ausländischen Verbrauchern ein sicheres, gesundes Nahrungsmittelangebot garantieren. Aber wenn diese Vorschriften mehr zum Zweck der Behinderung von Importen als zum Schutz der Gesundheit erlassen werden, dann muß man sie abschaffen.

Ob auf bilateraler oder multilateraler Ebene: die Verbesserung der Regeln für den Welthandel ist eine absolute Notwendigkeit, um das für unsere Volkswirtschaft so lebenswichtige Umfeld des freien Handels zu schützen und zu fördern. Ein im Fundament freier und offener Märkte verwurzeltes Handelssystem ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Wohlergehen. Die transatlantische Zusammenarbeit bei einer marktorientierten Politik im internationalen Handel sowie eine Verringerung der Handelsschranken und anderer unfairer Handelspraktiken wird wesentlich zur Verbesserung der Handelsaussichten - und damit zu Wohlstand für jedermann - beitragen.

Über Nacht wird sich nichts ändern. Aber wir müssen die Resultate der neuen Uruguay-Runde als Fundament benutzen, das ein dem weltweiten Wohlstand förderliches Umfeld für den Welthandel schafft. Die Alternative - der Protektionismus - existiert. Ich muß es wiederholen: "Wir leben gefährlich". Lassen Sie uns alles tun, um wirklich sicher sein zu können, daß die Gefahr nicht zur Realität wird. Lassen Sie uns alles tun, um sicherzustellen, daß eine Politik des freien Handels, die unserer Generation so viel Reichtum und so viele Vorteile beschert hat, dasselbe auch den nachfolgenden Generationen bringt. Die Hanse des Mittelalters ging unter, weil sie sich dem Wandel nicht anpassen konnte. Ich denke, wir im 20. Jahrhundert sind klug und weitsichtig genug, um es besser zu machen.

\* \* \* \* \*



### RÜSTUNGSKONTROLLE NACH REYKJAVIK

- Von Paul Nitze -

WASHINGTON - (AD) - Der Autor des nachfolgend abgedruckten Artikels ist Sonderberater in Rüstungskontrollfragen für Präsident Reagan und Außenminister Shultz. Der Artikel erschien in der hier abgedruckten Fassung erstmals in der Washington Post vom 9. November 1986.

Beim Gipfel in Reykjavik entstanden zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die von den Sowjets vorgeschlagenen Beschränkungen der Strategischen Verteidigungsinitiative. Diese über den ABM-Vertrag von 1972 hinausgehenden Vorschläge zur Beschränkung gehörten zu den Punkten der Uneinigkeit, die einen umfassenden Rahmen für ein vorhersehbares und stabiles Management bei der Rüstungskontrolle blockiert haben.

Die Vereinigten Staaten glauben, daß sich beide Seiten strikt an den ABM-Vertrag in seiner jetzigen Fassung halten sollten. Die Vereinigten Staaten sollten keine über den Vertrag hinausgehenden Beschränkungen bei Entwicklung und Erprobung hinnehmen. Wir müssen ferner sowohl unsere Besorgnis über die sowjetischen Aktivitäten im ABM-Bereich zur Sprache bringen, die der Vermutung Raum geben, daß sie auf ihrem eigenen Territorium ein Raketenabwehrsystem vorbereiten, als auch unsere Überzeugung, daß die Sowjets die Radaranlage

von Krasnojarsk abbauen sollten, deren Errichtung den ABM-Vertrag direkt verletzt.

Im Gegensatz zur Haltung der Vereinigten Staaten haben die Sowjets in Island vorgeschlagen, daß der ABM-Vertrag geändert werden sollte, um Forschung und Erprobung aller welt- raumgestützten Elemente oder Komponenten einer ABM-Verteidigung auf das Labor zu beschränken. Die Sowjets beabsichtigten damit, uns bei unserem SDI-Forschungsprogramm strengere Beschränkungen aufzuerlegen, als dies durch den ABM-Vertrag geschieht. Solche zusätzlichen Beschränkungen wären das Ende des SDI-Programms.

Die Vereinigten Staaten glauben, daß die Art der durch den ABM-Vertrag gestatteten und verbotenen Aktivitäten, wie sie aus Vertragstext und Verhandlungspapieren hervorgehen, klar ist. Die sowjetische Seite möchte jedoch unter dem Vorwand, den ABM-Vertrag "stärken" zu wollen, den Vertrag so ergänzen, daß er nunmehr Aktivitäten verbietet, die ursprünglich nicht verboten werden sollten.

Präsident Reagan konnte das nicht akzeptieren. Er hat statt dessen vorgeschlagen, daß sich beide Seiten strikt an die Beschränkungen des ABM-Vertrages halten sollten.

Wenn wir diese Themenkreise näher untersuchen, sollten wir damit beginnen, zwischen Forschung und Entwicklung zu unterscheiden. Der ABM-Vertrag verwendet das Wort "Forschung" nicht. Bei den SALT I-Verhandlungen haben weder die Delegation der Vereinigten Staaten noch die der Sowjetunion daran geglaubt, daß es möglich wäre, Beschränkungen bei der Forschung zu verifizieren. Keine Seite möchte eine Beschränkung der Forschung, und der ABM-Vertrag versucht

auch keine solche Beschränkung.

Die Vereinigten Staaten haben in der Vergangenheit bereits in dem von Harold Brown in einer Erklärung vor der sowjetischen Delegation bei SALT I beschriebenen Sachverhalt immer "Forschung" von "Entwicklung" unterschieden. Forschung beinhaltet die Erstellung einer Konzeption und deren Tests, die sowohl innerhalb wie auch außerhalb des Labors durchgeführt werden. Die Entwicklung folgt auf die Forschung und liegt noch vor den in großem Stil durchgeführten Tests von Systemen und Teilen, die für die eigentliche Stationierung bestimmt sind. Die Entwicklung eines Waffensystems beginnt mit Konstruktion und Erprobung eines oder mehrerer Prototypen des Systems oder seiner wichtigsten Bestandteile.

Die grundlegenden Bestimmungen des ABM-Vertrages sind wohlbekannt. Artikel I verbietet die Stationierung von Raketenabwehrsystemen zur Verteidigung des gesamten Territoriums einer Nation. Er beschäftigt sich mit Systemen, nicht mit deren Bestandteilen, und er verbietet die Stationierung, nicht die Tests. Artikel V verbietet die Entwicklung, Erprobung und Stationierung see-, luft- und weltraumgestützter wie auch mobiler landgestützter Raketenabwehrsysteme und deren Bestandteile und nimmt die 1972 niedergelegten physikalischen Prinzipien als Grundlage.

Auf der anderen Seite erlaubt der ABM-Vertrag vier allgemeine Bereiche der Entwicklungs- und Erprobungstätigkeit.

Eine entscheidende Frage zur Definition eines solchen Bereichs erlaubter Aktivität hängt mit einem Kodizill zusammen, das als Übereinkunft D bekannt ist. Diese Erklärung be-

schäftigt sich mit der Möglichkeit, daß in Zukunft ABM-Systeme oder deren Bestandteile entwickelt werden könnten, die "andere physikalische Prinzipien" als Grundlage haben. Solche hochmodernen Verteidigungssysteme und deren Bestandteile werden vom Vertrag anders behandelt als diejenigen, die in Artikel II näher definiert sind und denen Technologien von 1972 zugrunde liegen. Übereinkunft D sieht vor, daß die Stationierung solch hochmoderner Systeme, nicht jedoch deren Entwicklung oder deren Erprobung, von Diskussionen und Übereinkünften abhängig gemacht werden müssen. Deshalb sind die Beschränkungen von Artikel V nicht auf die Entwicklung und Erprobung moderner Verteidigungssysteme oder deren Bestandteile anzuwenden.

Diese Auslegung der Übereinkunft D, die auch als die "weitere" Interpretation beschrieben wurde, ist durch den Vertragstext und die Verhandlungsdokumente völlig gerechtfertigt. Der Präsident hat trotzdem entschieden, daß die Vereinigten Staaten das ursprünglich geplante SDI-Programm nicht umstrukturieren werden, solange die Überzeugung herrscht, daß die Ziele dieses Programms eingehalten werden können. Deshalb brauchen Sie auch nicht ihre SDI betreffenden Aktivitäten entsprechend dieser "weiteren" Interpretation des Vertrages durchzuführen, um die Ziele der SDI-Forschung zu erlangen.

Drei andere Bereiche der Entwicklung und Erprobung werden vom ABM-Vertrag zugelassen. Der Vertrag beschränkt zum Beispiel nicht die Entwicklung und Erprobung von Vorrichtungen, die weder Bestandteile eines ABM-Systems sind, wie es im Vertrag definiert wird, noch einen Ersatz solcher Komponenten darstellen. Dar-

über hinaus erlaubt er Tests von Systemteilen, die im Sinne von ABM keine Fähigkeit zur Raketenabwehr (z.B. gegen Satelliten) haben und auch nicht haben können. Eine ABM-Abfangrakete wird als "zur Raketenabwehr getestet" betrachtet, wenn sie versucht hat, eine Interkontinental-Rakete auf ihrer Flugbahn abzufangen. Dazu gehören aber keine Tests gegen Ziele auf Erdumlaufbahn. Schließlich erlaubt der Vertrag die Entwicklung und Erprobung von stationären, landgestützten ABM-Radaranlagen und Trägersystemen auf zugelassenen Versuchsgeländen, wie auch Entwicklung und Erprobung von ABM-Abfangraketen, die von ABM-Trägersystemen gestartet und im Weltraum erprobt werden.

Die Sowjetunion muß einsehen, daß die Vereinigten Staaten gegen Beschränkungen bei Entwicklung und Erprobung sind, die über das hinausgehen, was im Rahmen des ABM-Vertrages ausgehandelt, vereinbart und kodifiziert wurde. Wenn sie dies tut, können wir uns auf ein umfassendes, stabilisierendes Abkommen über ein zukünftiges Rüstungskontroll-Management hinbewegen, das eine defensiv angelegte Forschung und Erprobung, den Abbau von strategischen Offensivwaffen und eine gemeinsam vorgenommene Umorientierung zu mehr Vertrauen auf Verteidigungssysteme vorsieht.

\* \* \* \* \*



### KÜNFTIGE RAUMFAHRTPLÄNE DER USA

NASA-Chef Dr. C. Fletcher zu Fragen europäischer Wissenschaftler und Journalisten -

WASHINGTON - (AD) - Die Umorganisation des Managements für das amerikanische Raumtransporterprogramm und die damit zusammenhängenden Aufgabengebiete ist in vollem Gange. Sie werde, so berichtete Richard Truly, der beigeordnete NASA-Administrator für Raumflug, auf einer Pressekonferenz am 5. November 1986, nach den Empfehlungen der Rogers-Kommission durchgeführt. Diese war von Präsident Reagan eingesetzt worden, um das CHALLENGER-Unglück vom 28. Januar 1986 zu untersuchen. Die sieben Astronauten an Bord der Raumfähre CHALLENGER fanden damals den Tod.

Im Rahmen des neuen organisatorischen Aufbaues wird Arnold Aldrich, derzeit Manager des Shuttle-Programms am Johnson-Raumfahrtzentrum in Houston (Texas), die Leitung des gesamten Shuttle-Programms in der NASA-Zentrale in Washington übernehmen und Truly direkt unterstellt sein. Als neuer Direktor trägt er "die volle Verantwortung und ist mit allen Kompetenzen ausgestattet", um das Programm durchzuführen. Zu seinem Stellvertreter wurde Astronaut Robert Crippen ernannt, der bereits viermal mit dem Shuttle im Weltraum war. Crippen

wird Direktor für den Betrieb der Raumtransporter. Zu seinen Aufgaben zählen beispielsweise die Überwachung der Flugvorbereitungen in der letzten Phase vor dem Start, die Durchführung der Mission und die Rückführung des Space Shuttle zur Inspektion und Ausrüstung für den nächsten Flug. Um Tagesaufgaben und die Prozeduren im Detail kümmert sich Richard Kohrs, stellvertretender Programmdirektor für den Bereich "Raumtransporter".

Das neue Management-Konzept verlangt außerdem die Einsetzung eines

Führungsrates, dem u.a. der beigeordnete NASA-Administrator für Raumflug (Truly) und die Direktoren sämtlicher NASA-Zentren im Lande angehören sollen. Dale Myers, stellvertretender NASA-Administrator, verwies darauf, daß man erwarte, über den neuen Führungsrat zu einer besonders guten Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen der NASA-Zentralbehörde und den Direktoren der einzelnen Zentren im Lande zu kommen. Die starke Position des in Washington tätigen Programmdirektors und die Einsetzung des Führungsrates hätten, wie Myers sagte, eine gewisse Ähnlichkeit mit der Struktur des erfolgreichen APOLLO-Programms.

Die Zeit wird intensiv für die technische Verbesserung der Feststoffraketen-Zusatzträger des Space Shuttle und auch des Orbiters selbst genutzt. Dies erklärte NASA-Chef Dr. James C. Fletcher (Washington) in einer Worldnet-Fernsehsatellitenkonferenz, die am 4. November 1986 vom US-Informationsamt (USIA) veranstaltet wurde. Gesprächspartner Fletchers via Satellit waren Wissenschaftler und Journalisten in Bern, Bonn, Brüssel, London, Paris und Rom, die den Leiter der US-Behörde für Luft- und Raumfahrt zu den Plänen der USA für die bemannte Raumfahrt und für Missionen mit Forschungssatelliten befragten. Denn angesichts der Verzögerung von Raumtransporterstarts als Folge des CHALLENGER-Unglücks und möglicher vorrangiger eigener Projekte der Vereinigten Staaten steht auch für Europa viel auf dem Spiel.

Die wichtigen wissenschaftlichen Missionen können laut Fletcher nunmehr erst zwei bis fünf Jahre später als ursprünglich vorgesehen durchgeführt werden. Davon seien u.a. Vorhaben zur weiteren Erforschung der Planeten und der Sonne betroffen - so

MAGELLAN (Meßstation zur Untersuchung der Venus-Oberfläche mit hochauflösendem Radarstrahl), ULYSSES (erste Sondierung der Nordregionen des Sonnenkörpers), GALILEO (erste umfassende Sondierung des Planeten Jupiter und seiner Monde) sowie das Mars-Observatorium.

Da es sich in jedem Fall um große und schwere Satelliten handelt, war von Anfang an vorgesehen, sie mit einem Raumtransporter zunächst in eine Erdumlaufbahn zu bringen und von dort aus auf die Reise zu ihrem Ziel zu schicken. Der Faktor "Gewicht" macht auch beim Hubble-Weltraumteleskop mit seinem umfangreichen Instrumentarium den Start von einem Raumtransporter aus erforderlich. Das für Beobachtungen aus einer Position jenseits der Erdatmosphäre konzipierte Gerät erweitert die Möglichkeiten der Wissenschaftler für eine Sicht in die Tiefen des Universums um das Siebenfache.

### Grundlagenforschung

Professor Wolfgang Priester, Direktor des Instituts für Astrophysik und extraterrestrische Forschung der Universität Bonn, hob die besondere Bedeutung des Hubble-Teleskops für die Grundlagenforschung hervor und äußerte die Befürchtung, daß diese durch eine Bevorzugung anderer Programme erheblich ins Hintertreffen geraten könnte. Aufgrund neuer Beobachtungen und Erkenntnisse sei gerade in den letzten paar Monaten klargeworden, daß vom Weltraumteleskop (es wurde in über zehnjähriger Arbeit entwickelt) Ergebnisse zu erwarten seien, die einschneidende Umwälzungen in der Physik und Astronomie herbeiführen dürften. Und zwar gehe es um neue Ideen zu der Frage, woher die Energie komme, die die Expansion des

Weltalls bewirkt. Die nunmehr ange-  
stellten Überlegungen könnten unsere  
grundlegenden Theorien zur modernen  
Elementarteilchen-Physik in bezug auf  
alle Quantenfelder bei Ruheenergie  
revolutionieren. Das wiederum sei  
mit der Frage verknüpft, wodurch denn  
beim Urknall vor etwa 20 Milliarden  
Jahren die Materie im Universum er-  
zeugt worden sei. Somit seien nicht  
nur tiefgreifende Auswirkungen auf  
die Physik, sondern, über die Philo-  
sophie, auf alle Bereiche zu erwarten.

In seiner Antwort unterstrich Dr.  
Fletcher, daß sich die NASA der Be-  
deutung gerade dieses internationalen  
Projekts für die Grundlagenforschung  
sehr wohl bewußt sei und dem Welt-  
raumteleskop unter den wissenschaft-  
lichen Nutzlasten höchste Priorität  
eingeräumt habe. Es sei beabsich-  
tigt, es nach Wiederaufnahme der  
Raumtransporterflüge (voraussichtlich  
im Februar 1988) beim dritten Ein-  
satz, d.h. etwa im November 1988, in  
den Weltraum zu transportieren. Es  
solle unmittelbar nach dem Start der  
beiden TDRS-Nachrichtensatelliten  
folgen, die für die Bahnbeobachtungen  
und Datenübertragung einer ganzen An-  
zahl von Satelliten gleichzeitig und  
rund um die Uhr so wichtig sind.

Für eine Anzahl weiterer wissen-  
schaftlicher Nutzlasten aus den Ver-  
einigten Staaten und dem Ausland, de-  
ren Start vor dem Unglück bereits  
vereinbart war, suche die NASA, so  
Fletcher, gegenwärtig nach anderwei-  
tigen Transportmöglichkeiten. Man  
werde auf sogenannte Verlustraketen  
wie DELTA, ATLAS und TITAN zurück-  
greifen, die im Gegensatz zum Raum-  
transporter nicht wiederverwendungs-  
fähig sind. Auch die europäische Ra-  
kete ARIANE zählt dazu. Es sei bei-  
spielsweise vorgesehen, mit ihr eine  
Anzahl amerikanischer kommerzieller  
Nachrichtensatelliten in den Weltraum

zu befördern. Allerdings seien die  
Kapazitäten und auch die Startfrequ-  
enz dieser Trägergeräte begrenzt, so  
daß Verzögerungen für manche wissen-  
schaftlichen und kommerziellen Nutz-  
lasten dennoch in Kauf genommen wer-  
den müßten.

### "Gemischte" Trägerkapazität

Die Vereinigten Staaten seien be-  
strebt, erklärte Dr. Fletcher, eine  
"gemischte" Trägerkapazität aus wie-  
derverwendungsfähigen und nicht wie-  
derverwendbaren Startgeräten aufzu-  
bauen, obgleich der Raumtransporter  
das kostengünstigste Beförderungsmi-  
tel darstelle. Irgendwann dürften  
weitere technische Fortschritte auch  
Verlustraketen verbilligen helfen.  
Entsprechende Vorschläge zu Neuent-  
wicklungen werden bereits gemacht.  
Aber bis zur Realisierung solcher  
Projekte würden mindestens fünf und  
mehr Jahre vergehen. Und erfahrungs-  
gemäß könne man nie vorhersagen, wie  
sich die Kosten tatsächlich entwic-  
keln. Wie die "gemischte" Kapazi-  
tät aussehen solle, werde gegenwärtig  
in einer Studie untersucht, die An-  
fang kommenden Jahres fertiggestellt  
sein dürfte.

### Mehr Zuverlässigkeit

Das CHALLENGER-Unglück habe be-  
wirkt, daß die Struktur der amerika-  
nischen Weltraumbehörde ebenso wie  
die des Mitarbeiterstabs gestrafft  
würde, und daß auch vom Space Shuttle  
selbst eine erheblich bessere Quali-  
tät und Zuverlässigkeit zu erwarten  
sei. Die Frage nach dem Einbau eines  
Rettungssystems in der Startphase für  
die Bordmannschaft in alle Orbiter  
konnte Fletcher angesichts der damit  
verbundenen technischen Schwierigkei-  
ten und des Gewichtsproblems nicht



endgültig benatworten. Auch eine Verlängerung der einzelnen Raumtransportermissionen bereite wegen der dafür erforderlichen zusätzlichen Energiequellen Probleme. Langzeitexperimente in der Schwerelosigkeit sollten deshalb besser in der in den neunziger Jahren zu errichtenden Raumstation durchgeführt werden.

### COLUMBUS - wichtiger Beitrag Europas zur Raumstation

Arbeitsprogramme für die Raumstation müssen schon jetzt formuliert werden. In den ersten Phasen werden es Dr. Fletcher zufolge vor allem Experimente aus dem Gebiet der Mikrogravitation sein. Die NASA ermutige die Privatwirtschaft zu entsprechenden Projekten. Es gebe eine Reihe von Aktivitäten, bei denen sich eine kommerzielle Nutzung der Schwerelosigkeit lohnen könne - für biologische Substanzen, für Legierungen, für neues Halbleitermaterial, um nur einige zu nennen. Ist die Station weiter ausgebaut, werde man auch zunehmend mehr wissenschaftliche Experimente durchführen können. Zusätzlich zu den auf der Station untergebrachten Nutzlasten werde es auch frei fliegende Plattformen geben, die neben der Raumstation ihre Bahn ziehen. Wenigstens eine davon werde bemannt sein.

COLUMBUS als der von europäischen Ländern bereitgestellte Beitrag zur amerikanischen Raumstation werde eine wichtige und sehr willkommene Rolle spielen. Es handle sich, ähnlich dem SPACELAB, um eine Labor- und Wohneinheit, die zunächst mit der Raumstation verbunden werde, später aber als ein von Astronauten betreutes Modul auch frei fliegen könne. COLUMBUS werde dann immer wieder an der Raumstation anlegen, um Treibstoff und

Nachschub zu übernehmen und um die Besatzung auszuwechseln. Allerdings stehe die Ausarbeitung der eigentlichen Betriebspläne mit entsprechenden Verhandlungen zwischen den Partnern noch bevor.

Hinsichtlich der sogenannten funktionellen Aufteilung der Aufgaben sähen sich die Europäer, worauf einer der Interviewer hinwies, noch mancherlei Ungewissheiten gegenüber. Dr. Fletcher räumte ein, daß in Verhandlungen der NASA mit der Europäischen Weltraumbehörde über die Aufgabenteilung in der Entwicklung der Raumstation Einvernehmen erzielt worden sei, daß jedoch in bezug auf den Betrieb noch kein Konzept existiere. Erst jetzt beginne man in den USA, sich mit dem Problem zu befassen. "Wir haben einen beigeordneten Administrator für die Raumstation bestellt, der sich ausschließlich mit Betriebsaufgaben befaßt, mit der Frage, wie die Raumstation betrieben werden soll."

Dies sei keineswegs nebensächlich, denn die Tätigkeit der Personen in der Raumstation, in der Europäer und wahrscheinlich Kanadier, Japaner und Amerikaner arbeiten werden, verlange klare Konzepte. Zwar werde die Gruppe an Bord mit etwa sechs Personen relativ klein sein. Aber für die Planung und die Vorbereitungen am Boden sei doch eine wesentlich größere Gruppe von Mitarbeitern erforderlich, die entscheiden, was in jeder Arbeitsperiode von 90 Tagen bis zur Ablösung vorzunehmen sei, welcher Art die Experimente sein sollen. Über Gebühren, die etwaige internationale Partner oder private Investoren für die Benutzung der Raumstation zu entrichten hätten, sei innerhalb der NASA noch nichts beschlossen worden. Jedoch könne zunächst einmal die vor dem CHALLENGER-Unglück erwähnte Gebühr von 75 Millionen Dollar als

Richtwert angenommen werden. Alles in allem sei es aber zu früh, endgültige Aussagen zu machen, solange die Betriebsstudie noch nicht vorliege.

Inzwischen plane man aber nicht nur für die nächsten sieben oder acht Jahre, sondern auch schon für die Zeit nach der Raumstation, die voraussichtlich ab 1994 ständig besetzt sein werde. Eine Gruppe unter der Leitung von Dr. Sally Ride, der ersten Amerikanerin im Weltraum, habe begonnen, künftige Aktivitäten zu sondieren. Gemeinsame amerikanisch-sowjetische bemannte Raumfahrtprojekte, etwa eine Expedition zum Mars, seien nicht beabsichtigt. Jedoch wurden künftige wissenschaftliche Austauschprogramme erörtert. Es gebe ohnehin genügend Forschungsaufgaben, die im internationalen Rahmen weltweit durchgeführt werden müssten - u.a. die Untersuchung von Klimaveränderungen und der Ozonschicht.

Die von Präsident Reagan angekündigte Entwicklung eines Weltraumflugzeugs falle sowohl in Aufgabenbereiche der NASA als auch des amerikanischen Verteidigungsministeriums, erklärte Fletcher auf eine Frage. Aber die ersten Flugexperimente mit dem Versuchsgerät, die für Anfang der neunziger Jahre vorgesehen seien, stünden unter der Leitung des Verteidigungsministeriums. Der Fortgang der Entwicklung werde dann davon bestimmt, welche Ergebnisse die Versuchsflüge bringen.

\* \* \* \* \*